



Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND

PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

Delegiertenversammlung

Klare Parolen für die Abstimmungen im Juni
von Marco Calzimaglia

Seite 2

Kanton Zürich

Versorgungssicherheit statt Energie-Träume
von Ueli Bamert

Seite 3

Aktuell

EU-Botschafter erteilen Schweizern Redeverbote
von Christoph Blocher

Seite 5

Parlamentsgemeinden

Gestärkte Fraktionen für mehr Vernunft in der Lokalpolitik

Seite 6

Veranstaltungs-Tipp

NHI-Podium am 6. Mai in Meilen

Seite 5

GEMEINDEWAHLEN 2026

Breit abgestützt, klar gestärkt – SVP baut ihre Führungsrolle weiter aus

Letzten Sonntag haben in diversen Gemeinden lokale Behördenwahlen stattgefunden. Damit haben nun alle 160 Gemeinden im Kanton Zürich die ersten Wahlgänge durchgeführt. Die SVP zeichnet damit ein klares Bild: Sie ist und bleibt die bestimmende politische Kraft in den Zürcher Gemeinden. Über beide Wahltermine hinweg konnte die Partei ihre starke Verankerung in der Bevölkerung bestätigen und in zahlreichen Gemeinden weiter ausbauen.

In einem Umfeld, das insbesondere in kleineren Gemeinden durch viele parteilose Kandidaturen geprägt ist, gelang es der SVP, ihre Position nicht nur zu behaupten, sondern gezielt zu stärken. Bisherige Mandate wurden breit abgestützt verteidigt, zusätzliche Sitze gewonnen und mehrere Gemeinde- sowie Stadtpräsidien erfolgreich behauptet oder neu errungen. Damit zeigt sich: Die SVP verfügt über eine stabile Basis und geniesst in der Bevölkerung ein hohes Mass an Vertrauen.

Domenik Ledergerber, Kantonsrat und Präsident der SVP des Kantons Zürich, zeigt sich überaus zufrieden: «Die Wahlen bestätigen, dass unsere Politik den Erwartungen der Bevölkerung entspricht. Gefragt sind Verlässlichkeit, Sicherheit und eine klare Priorisierung der Kernaufgaben – genau dafür steht die SVP. Wir setzen uns dafür ein, dass Gemeinden funktionieren, finanziell ge-

sund bleiben und den Menschen ein sicheres Umfeld bieten.»

Auch Patrick Walder, Kantonsrat und Präsident der Wahlkommission, zieht ein positives Fazit: «Die Ergebnisse sind Ausdruck einer kontinuierlichen Arbeit vor Ort. Unsere Mandatsträgerinnen und Mandatsträger sind in den Gemeinden präsent und nahe bei den Menschen. Dieses Engagement der SVP-Sektionen und ihrer Aushängeschilder wird wahrgenommen und honoriert.»

Parlamentsgemeinden: herausragende Erfolge

Ein differenzierter Blick zeigt, dass die SVP ihre Stärke unter sehr unterschiedlichen Voraussetzungen unter Beweis stellen konnte. Während in vielen ländlich geprägten Gemeinden stabile Verhältnisse dominieren, sind die politischen Rahmenbedingungen in den Städten deutlich anspruchsvoller. Umso höher sind die dort erzielten Zugewinne zu gewichten.

In den Parlamentsgemeinden – den wenigen Gemeinden mit ausgewiesenen Wähleranteilen – konnte die SVP ihre Position ausbauen. Bereits am 8. März gelang es der Volkspartei, in sieben der acht am besagten Datum gewählten

Legislativorgane deutliche Zuwächse zu verzeichnen. Daran wurde am vergangenen Sonntag nahtlos angeknüpft.

In Kloten gewann die SVP zwei zusätzliche Sitze und stellt nun 13 Gemeinderäte – sie ist damit die mit Abstand stärkste Partei. Zu verdanken hat sie dies der deutlichen Zunahme an Wähleranteil (+4,81 Prozentpunkte). Dass die SVP mit 37,72 Prozent einen mehr als doppelt so hohen Wähleranteil wie die zweitgrösste Partei (SP, 16,12 Prozent) verzeichnet, darf ohne Weiteres als epochaler Erfolg gefeiert werden.

Ebenfalls zwei Sitze zuzulegen vermochte die SVP in Wetzikon; damit hält sie neu 10 Sitze. Mit einem massiv gesteigerten Wähleranteil um fast sechs Prozentpunkte kommt sie auf 27,55 Prozent.

Über eine grössere Gemeinderatsfraktion freuen sich auch die SVP-Sektionen in den Städten Dübendorf und Uster. In beiden Parlamentsgemeinden gewann die Partei einen Sitz hinzu. Während die SVP in Dübendorf über drei Prozentpunkte zulegen und ihre Position als wählerstärkste Partei festigte, darf sich die SVP Uster neu stärkste Kraft in der Gemeinde nennen. Sie gewann 2,32 Prozentpunkte und ver-

Gemeinde	Sitze	Wähleranteil	Veränderung
Adliswil	9/36 (+2)	24,83%	+6,03%
Bülach	8/28 (+1)	28,35%	+4,68%
Dietikon	11/36 (+2)	30,73%	+4,08%
Dübendorf	11/40 (+1)	28,28%	+3,34%
Illnau-Effretikon	12/36 (+3)	31,05%	+5,47%
Kloten	13/32 (+2)	37,72%	+4,81%
Opfikon	8/36 (+2)	22,75%	+4,80%
Schlieren	7/36 (-1)	19,94%	-2,53%
Uster	9/36 (+1)	24,82%	+2,32%
Wädenswil	8/35	24,50%	+2,57%
Wetzikon	10/36 (+2)	27,55%	+5,91%
Winterthur	10/60 (+1)	16,85%	+1,53%
Zürich	16/125 (+2)	12,57%	+1,47%

Die Zuwächse in den Parlamentsgemeinden sind äusserst erfreulich.

Bild: SVP Kanton Zürich

drängte damit die Sozialdemokraten auf Platz 2.

Im Gemeinderat Wädenswil steigert die SVP ihren Wähleranteil um 2,57 Prozentpunkte und bestätigt ihre acht Sitze. Sie bleibt damit die Nummer eins in der dortigen Legislative.

Städtische Exekutiven: stark abgeliefert

Die Zugewinne in den Legislativorganen werden durch stabile und punktuell ausgebaute Vertretungen in den Exekutiven ergänzt. Zwar verpasst Christina Zurfluh Fraefel in Wädenswil trotz Erreichen des absoluten Mehrs den Einzug in den Stadtrat knapp, womit die SVP wie bisher im Stadtrat nicht vertreten sein wird. In Wetzikon hingegen unterstreicht die Wiederwahl von Heinrich Vettiger die Anerkennung für die geleistete Arbeit.

Einen historischen Sieg hat die SVP in Kloten gefeiert. Nach dem Rücktritt des langjährigen Stadtpräsidenten René Huber gelang es dem bisherigen Stadtrat Kurt Hottinger nicht bloss, einen der beiden Sitze zu halten – vielmehr eroberte die Partei mit Sandra Eberhard und Richard Frischknecht einen Sitz dazu. Bemerkenswert: Hottinger, Eberhard und Frischknecht belegten die ersten drei Plätze. Überdies wurde Kurt Hottinger deutlich als neuer Stadtpräsident gewählt. Damit stellt die SVP

in der kommenden Legislatur drei der sieben Exekutivmitglieder.

In Dübendorf wurde Stadtpräsident André Ingold in seinem Amt klar bestätigt; unter den Stadträten erzielte er zudem das beste Ergebnis. Stadtratskandidatin Tanja Lips verpasste leider die Wahl in die Exekutive, wurde aber erfreulicherweise neu in den Gemeinderat gewählt.

Die SVP stellt damit weiterhin sicher, dass bürgerliche Politik sowohl auf strategischer als auch auf operativer Ebene Verantwortung übernimmt. Zudem zeigt diese Entwicklung, dass die Lösungen der SVP auch in urbanen Gebieten auf immer grössere Zustimmung stossen.

Politik mit klarem Fokus auf die Kernaufgaben

Die Wahlerfolge sind kein Zufall, sondern das Resultat einer Politik, die sich konsequent auf die zentralen Anliegen der Bevölkerung konzentriert. Dazu gehören sichere Gemeinden, eine funktionierende Volksschule, eine massvolle Steuer- und Ausgabenpolitik sowie eine kontrollierte Zuwanderung.

Gerade auf kommunaler Ebene zeigt sich, wie entscheidend eine verantwortungsvolle Politik ist: Gemeinden stehen vor konkreten Herausforderungen – von steigenden Sozialkosten über Infra-

Fortsetzung auf Seite 2



Sean Burgess
Kommunikation & Redaktor
Der Zürcher Bote
SVP Kanton Zürich





Christoph Mörgeli

Erlösung dank Europa

Nirgendwo ist das Unbehagen im Kleinstaat und die Sehnsucht nach Erlösung durch die Europäische Union gewaltiger. Nirgendwo glaubt man mehr an Grösse und Glanz, an Vollkommenheit und Vollendung der EU. Die Rede ist von den Journalisten des Verlags CH Media. Dies überrascht, denn der Patron Peter Wanner äussert sich im privaten Kreis skeptisch über die EU-Anbindungsverträge. Auch bedient CH Media im Monopol die Zentral-, die Ost- und die ganze Nordwestschweiz ausser Basel-Stadt. Also nicht gerade die EU-Turbo-Regionen.

Anna Wanner jubelt: «Die EU verteidigt unsere Aussengrenze, kämpft um unsere liberalen Werte und sichert einen wichtigen Teil unseres Wohlstands.» Und dennoch stünden die wunderbaren «Bilateralen III» unter Beschuss, weil manche Schweizer so dumm seien, «ihren wichtigsten Partner abspenstig zu machen». Und mit der Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz!» riskiere die SVP den «wirtschaftlichen Totalabsturz». In CH Media durfte der europophile Simon Michel den Vertragsgegner Christoph Blocher des «Fremdenhasses», der «EU-Feindlichkeit» und des «Abschottungskurses» bezichtigen. Wonach Major Michel dem Oberst Blocher befahl, dieser müsse «jetzt endlich damit aufhören und abtreten».

Gleich vier Journalisten von CH Media triumphierten, ein «Zugpferd für die neuen Verträge» gefunden zu haben: «Keller-Sutter macht sich für das Abkommen mit der EU stark.» Stefan Schmid qualifizierte EU-Vertragskritiker als «Schweizer Souveränisten», die «Amok laufen». Und er titelte: «Ostschweiz braucht Abkommen mit der EU.» Stefan Bühler verherrlichte eine Umfrage, wonach die Bevölkerung das Ständemehr als «unfair» empfinde. Dabei kennen wir dieses Ständemehr gerade darum, dass diese Volksmehrheit die Minderheiten in den Kantonen nicht unfair erdrückt. Benjamin Rosch lockte mit Alt Bundesrat Couchepin: «Sagt die FDP Ja zu Europa, erhöhe ich die Parteispende.» Und Remo Hess, EU-Korrespondent, fühlt «Entschweizerung» und freut sich über «Ankommen, Heimkehr» in Brüssel. Für Einfache ist die einfachste Lösung noch immer die Erlösung.

DELEGIERTENVERSAMMLUNG VOM 14. APRIL

Klare Parolen: Delegierte setzen Schwerpunkte für die Abstimmungen im Juni

Am Dienstag trafen sich über 210 Delegierte der SVP des Kantons Zürich zur zweiten Delegiertenversammlung des Jahres in der Mehrzweckhalle Eichli in Niederglatt.

Marco Calzimaglia
Parteisekretär
SVP Kanton Zürich
Seuzach

Bereits ab 18.30 Uhr bot das traditionelle Vorprogramm Gelegenheit zu Austausch und Geselligkeit. Für die musikalische Umrahmung sorgte die Spielgemeinschaft «Spiegelglatt». Sektionspräsident Mike Glättli hiess die Delegierten in Niederglatt willkommen und stimmte auf den Abend ein.

Standortbestimmung zum Auftakt

Parteipräsident und Kantonsrat Domenik Ledergerber eröffnete die Versammlung mit einer politischen Standortbestimmung. Er hob insbesondere die sehr erfreulichen Resultate der Gemeindevahlen hervor. Das Erfolgsrezept vertortete Ledergerber in unserem Zusammenhalt und unserer hervorragenden Zusammenarbeit – nicht bloss innerhalb der Sektionen, sondern auch gemeindeübergreifend, in den Bezirken und im ganzen Kanton Zürich.

Es gilt, diesen Schwung nahtlos zu übernehmen, um die bevorstehenden Herausforderungen ebenso souverän zu meistern. Dabei bezog sich der Parteipräsident konkret auf die Abstimmungen vom 14. Juni 2026. Gerade in Zeiten zunehmender Belastung von Infrastruktur, Wohnraum und Sozialwerken sowie grassierender Kriminalität braucht es klare bürgerliche Antworten. Im Anschluss wandte sich die Versammlung den eidgenössischen Abstimmungsvorlagen zu.

Nachhaltigkeits-Initiative: Verantwortung für die Schweiz übernehmen

Die Volksinitiative «Keine 10-Millionen-Schweiz (Nachhaltigkeits-Initiative)» bildete klar den Schwerpunkt der Versammlung. Nationalrat und Initiator Thomas Matter sowie Nationalrat Mar-

tin Hübscher zeigten auf, weshalb eine nachhaltige Steuerung der Bevölkerungsentwicklung dringend notwendig ist.

Thomas Matter schwörte die Delegierten dabei auf den wohl intensivsten Abstimmungskampf seit Jahren ein. Die Gegner – von den Linken über economiesuisse bis hin zu Experten des Bundes – operieren mit «Fake News» und führen eine Angstkampagne, die ihresgleichen sucht. Umso wichtiger ist deshalb die Mobilisierung, vor allem auf dem Land. Thomas Matter mahnte: «Die Schweiz darf nicht ungebremst weiterwachsen. Wir müssen unsere Lebensgrundlagen und unseren Wohlstand sichern. Sorgen wir dafür, dass die Schweiz Schweiz bleibt und wir morgen noch eine Heimat haben.»

Martin Hübscher brachte sodann die unzähligen negativen Folgen der masslosen Zuwanderung zur Sprache. Seit der Einführung der Personenfreizügigkeit ist die Schweizer Wirtschaft zwar gewachsen, aber hauptsächlich in die Breite – der grosse Teil der Schweizer Bevölkerung hat ausser den Problemen und den Kosten nichts davon.

Mehr noch: Die Zuwanderung sorgt für immer noch mehr Zuwanderung. Zugewanderte Bauarbeiter bauen Wohnungen für Zugewanderte. Zugewandertes Pflegepersonal umsorgt Zugewanderte. Zugewanderte brauchen Ärzte, Spitalbetten, Energie, Autos, ÖV-Angebote, Schulplätze... Es handelt sich um eine Endlos-Spirale. «Die Zuwanderung kann und wird das Problem des Fachkräftemangels nie lösen, weil sie selbst deren Treiber ist. Es ist ein Schneeballsystem, das nie enden wird», konstatierte Martin Hübscher.

Mit der Nachhaltigkeits-Initiative schaffen wir die Grundlage dafür, dass Wachstum, Zuwanderung und Infrastruktur wieder ins Gleichgewicht gebracht werden. Statt kurzfristigem Denken setzt sie auf langfristige Stabilität und Planungssicherheit. Domenik Ledergerber betonte zusammenfassend: «Eine nachhaltige Bevölkerungsentwicklung ist zentral, um die Schweiz als at-

traktiven Lebens- und Wirtschaftsstandort zu erhalten.»

Zivildienstgesetz: Fairness wiederherstellen

Nationalrat Mauro Tuena erläuterte die Änderungen im Bundesgesetz über den zivilen Ersatzdienst. Ziel der Vorlage ist es, Fehlanreize zu beseitigen und den Zivildienst wieder auf seine ursprüngliche Rolle zurückzuführen.

Tuena betonte: «Der Zivildienst ist als Ersatz gedacht – nicht als einfache Alternative zur Armee.» Die Vorlage stärkt die Wehrgerechtigkeit und verhindert, dass sich immer mehr Dienstpflichtige ihrer Verantwortung entziehen.

Die Delegierten beschlossen einstimmig die JA-Parole.

Kantonsverfassung: unnötige Ausweitung

Nach einer kurzen Pause standen die kantonalen Vorlagen an. Zur Änderung der Kantonsverfassung betreffend die Vertretung von Kantonsratsmitgliedern nahm Kantonsrat Roman Schmid Stellung. Die Vorlage verlangt, dass Mitglieder des Kantonsrats und der Gemeindeparlamente im Kanton Zürich sich künftig vertreten lassen sollen, wenn sie wegen Krankheit, Unfall oder Mutterschaft ausfallen. Gemäss Schmid sinkt mit dem Vertretungssystem jedoch die Qualität der politischen Arbeit, zudem bilden das Mandat und die Person eine Einheit: Die Stellvertreterin oder der Stellvertreter ist nicht gewählt worden. Er hielt fest: «Diese Regelung schafft mehr Bürokratie und bringt keinen echten Mehrwert für die politische Arbeit.»

Die Delegierten beschlossen bei jeweils einer Gegenstimme und einer Enthaltung die NEIN-Parole.

Wohneigentums-Initiative: Eigentum fördern

Kantonsrat Markus Bopp stellte die Wohneigentums-Initiative des Hauseigentümergebietes des Kantons Zürich (HEV) vor, welche den Zugang zu Wohneigentum erleichtern will. Aus Sicht der SVP ist Wohneigentum zu begrüssen, denn es stärkt die Eigenverantwortung und sorgt für stabile Verhältnisse in unserer Gesellschaft. Die Delegierten folgten dem Referenten und fassten grossmehrheitlich die JA-Parole.

Linke Wohninitiativen: mehr Schaden als Nutzen

Ebenfalls durch Markus Bopp wurden die Wohnungsinitiativen vorgestellt. Die beiden schädlichen Wohninitiativen klingen im ersten Moment attraktiv. In der Praxis setzen sie aber die falschen Anreize: Sie bremsen Investitionen, erschweren Sanierungen, belasten das lokale Gewerbe und verschärfen die Wohnungsknappheit. Gerade beim Wohn-

schutz droht eine Blockade von Neubauten und Sanierungen.

Bopp warnte vor der Wohnungsinitiative: «Mehr Regulierung und staatliche Eingriffe führen nicht zu mehr Wohnungen – sie verhindern Investitionen und verschärfen die Knappheit.» Zur Wohnschutz-Initiative ergänzte er: «Wer den Markt weiter einschränkt, riskiert steigende Mieten und weniger Angebot. Diese Renovationsbremse gilt es abzulehnen.»

Die Gegenvorschläge überzeugen zwar nicht restlos, gehen die Probleme aber weniger einschränkend an als die Initiativen. Es braucht mehr Angebot, bessere Rahmenbedingungen und praxistaugliche Massnahmen. Gleichzeitig werden Leerwohnungen dort abgedeckt, wo sie besonders einschneidend sind. So entstehen Lösungen, die wirken – ohne Investitionen, Sanierungen und Neubau zu blockieren.

Die Delegierten beschlossen: NEIN zu den Initiativen, JA zu den Gegenvorschlägen.

Initiative «Stopp Prämien-Schock»: Mittelstand entlasten

Kantonsrat und Mitinitiator Paul Mayer stellte den Anwesenden die Volksinitiative «Stopp Prämien-Schock» vor. Das Anliegen stellt sicher, dass sich der steuerliche Abzug in Zukunft automatisch an die Prämienentwicklung anpasst. Steigen die Krankenkassenprämien, steigt auch der Steuerabzug. Das ist gerecht, denn fehlt dieser Automatismus, erhebt der Staat Steuern auf Geld, das faktisch im Portemonnaie der Bevölkerung gar nicht mehr vorhanden ist. Mayer betonte: «Die Bevölkerung braucht eine spürbare und automatische Entlastung bei den Krankenkassenprämien.»

Die Delegierten beschlossen einstimmig die JA-Parole.

Wechsel in der Parteileitung

Sodann präsentierte Kantonsrat Patrick Walder die Rechnung 2025 sowie das Budget 2026. Sowohl die Rechnung und das Budget als auch die unveränderten Mitgliederbeiträge für das Jahr 2026 wurden von den Delegierten einstimmig abgenommen.

Zum Abschluss wurde Thomas Matter für sein ausserordentliches Engagement als Mitglied der Parteileitung gewürdigt. Nach sechs Jahren trat er aus diesem Amt zurück. Der Kantonalvorstand hat mit Nationalrat Martin Hübscher bereits einen Nachfolger gewählt. Wir wünschen Martin Hübscher viel Erfolg und alles Gute in seiner neuen Funktion.

Die Delegiertenversammlung in Niederglatt zeigte eine geschlossene Partei mit klarer Haltung: für eine nachhaltige Entwicklung der Schweiz, für Eigenverantwortung und für eine Politik mit Augenmass. Mit den gefassten Parolen ist die SVP des Kantons Zürich mehr als bereit für die Abstimmungen vom 14. Juni und wird sich entschieden und geschlossen für ihre Positionen einsetzen – für eusi Lüüt.



Die erfolgreichen Gemeindevahlen diesen Frühling stimmen die Delegierten mehr als zuversichtlich.

Bild: SVP Kanton Zürich



Parteipräsident Domenik Ledergerber (l.) verdankt Thomas Matter sein grosses Engagement in der Parteileitung.

Bild: SVP Kanton Zürich

Fortsetzung von Seite 1

strukturfragen bis hin zu Sicherheitsaspekten. Die SVP setzt hier bewusst auf Lösungen, die langfristig tragfähig sind und die Belastung für die Bevölkerung im Rahmen halten.

Domenik Ledergerber betont: «Unsere Politik orientiert sich an dem, was für die Menschen vor Ort zählt. Wir wollen keine Experimente, sondern pragmatische Lösungen. Die Gemeinden sollen handlungsfähig bleiben und dürfen finanziell nicht überfordert werden.»

Anerkennung für die Basisarbeit

Die erzielten Resultate sind zugleich Ausdruck der intensiven Arbeit der zahl-

reichen SVP-Sektionen im ganzen Kanton. Hinter den Erfolgen stehen engagierte Persönlichkeiten, die sich in Milizämtern und lokalen Gremien einsetzen und Verantwortung übernehmen.

Patrick Walder hält fest: «Die Stärke der SVP liegt in ihrer Basis. Unsere Vertreterinnen und Vertreter sind Teil der Gemeinden, kennen die Anliegen der Bevölkerung und setzen sich mit grossem Engagement dafür ein. Ohne diesen Einsatz wären solche Resultate nicht möglich.» Die SVP des Kantons Zürich dankt allen Wählerinnen und Wählern für das entgegengebrachte Vertrauen sowie allen Kandidatinnen und Kandidaten und den vielen Helferinnen und Helfern für ihren grossen Einsatz im Wahlkampf.

Mit Rückenwind in die nächsten politischen Entscheide

Die Gemeindevahlen 2026 bilden zugleich den Auftakt für wichtige kommende Weichenstellungen. Der klare Zuspruch der Bevölkerung ist für die SVP Ansporn und Verpflichtung zugleich, den eingeschlagenen Weg konsequent weiterzugehen.

Bereits am 14. Juni steht mit der Abstimmung zur Nachhaltigkeits-Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz!» die nächste richtungsweisende Entscheidung an. Die grosse Mehrheit der Schweizer Bevölkerung spürt die negativen Folgen dieser masslosen Zuwanderung – und zwar ganz konkret im Alltag und im Portemonnaie. Die Lebensqualität sinkt, aber das Leben wird teurer. So kann es nicht

weitergehen. Diese masslose Zuwanderung muss gebremst werden. Dafür braucht es am 14. Juni ein JA zur Nachhaltigkeits-Initiative. Die SVP wird sich auch hier mit Nachdruck für eine Politik einsetzen, die auf Augenmass, wirtschaftliche Vernunft und die Interessen der Bevölkerung ausgerichtet ist.

Darüber hinaus blicken wir bereits auf die kantonalen und eidgenössischen Wahlen 2027. Domenik Ledergerber dazu: «Die Gemeindevahlen haben gezeigt, dass unsere Politik breit getragen wird. Diesen Schwung nehmen wir mit. Unser Ziel ist es, auch auf kantonaler und nationaler Ebene weiter zuzulegen und die politischen Rahmenbedingungen im Sinne der Bevölkerung zu gestalten.»

BERICHT AUS DEM KANTONS RAT

Ein Kantonsrat unter Strom

Die Kantonsratssitzung vom vergangenen Montag stand ganz im Zeichen der Elektrizitätswerke des Kantons Zürich (EKZ). Zu Beginn der Sitzung wurde aber der schnellste Kantonsrat gekürt – und dieser war niemand Geringerer als SVP-Parteipräsident Domenik Ledergerber, der beim Kantonsratslauf alle anderen hinter sich liess.



Ueli Bamert
Kantonsrat SVP
Zürich

Wenn am Montagmorgen im Rathaus einige Kantonsratskollegen leicht ausser Atem und mit zerzausten Haaren auftauchen, dann liegt das am frühmorgendlichen Kantonsratslauf, der einmal pro Jahr vor der Sitzung stattfindet. Für einmal musste sich die SVP im Rennen um die schnellste Fraktion der GLP geschlagen geben. Dafür wurde SVP-Parteipräsident – oder sollte ich Neudeutsch sagen «Front-Runner» – Domenik Ledergerber als schnellster Kantonsrat geehrt. Er schaffte das Kunststück, in der vorgegebenen Zeit von 20 Minuten mehr als fünf Kilometer zurückzulegen – mehr als alle anderen Angetretenen. Wir gratulieren!

Neuer Kantonsrat aus der Stadt Zürich

Bevor sich der Kantonsrat danach den politischen Geschäften zuwenden kann-

te, wurde mit David Garcia Nuñez ein neuer Kantonsrat der Alternativen Liste AL vereidigt. Der Stadtzürcher ist berüchtigt für seine polemischen Äusserungen in den sozialen Medien. Die Polarisierung im Kantonsrat dürfte damit in nächster Zeit sicher nicht kleiner werden. Inhaltlich beschäftigte sich das Parlament danach den restlichen Vormittag mit den Elektrizitätswerken des Kantons Zürich. Zuerst ging es darum, den Geschäftsbericht der EKZ zu genehmigen – wie üblich ein Geschäft im Sinne einer «Kropfleerete», bei der alle

«Die EKZ sollen sich von ihren Energiewende-Träumen verabschieden.»

Fraktionen sowohl ihr Lob als auch ihre Kritikpunkte loswerden können, am Ende aber der ganze Saal schön artig den grünen Ja-Knopf drückt.

Nein zur EKZ-Eigentümerstrategie Umstrittener besprochen wurde danach die Eigentümerstrategie für die EKZ, also die Frage, welche Ziele der

Kanton als Eigner der EKZ verfolgen soll. Kantonsrat und Energieexperte Paul von Euw legte in seinen Voten die Gründe für die Ablehnung des Geschäfts seitens der SVP-Fraktion dar. So kritisierte er in deutlichen Worten den unseligen Trend, dass die EKZ dank ihrer Monopolstellung mit der angegliederten Firma Eltop AG immer mehr in den freien Markt expandieren und damit dem Gewerbe Aufträge entziehen. Ausserdem wies er auf den energiepolitischen Irrweg hin, den auch die EKZ seit Jahren kopflos verfolgen: Der kantonale Stromversorger soll sich von seinen Energiewende-Träumen verabschieden und sich wieder auf seinen Kernauftrag konzentrieren, nämlich die Versorgung der Bevölkerung mit Strom und die Gewährleistung der Versorgungssicherheit. Die Eigentümerstrategie wurde vom Rat gutgeheissen, nur die SVP lehnte das Geschäft ab.

Aberundet wurde der Vormittag mit einer intensiven Debatte um einen Schulhausbau in Uetikon am Zürichsee. Die SVP lehnte das überdimensionierte und viel zu teure Projekt ab, leider abermals vergeblich.



Sportliche Politiker: Rund 50 Parlamentarierinnen und Parlamentarier nahmen am jährlichen Kantonsratslauf teil. Bild: zVg

KOMMENTAR ZUR RATSSITZUNG

EKZ: Gute Zahlen, aber offene Fragen...



René Truninger
Kantonsrat SVP
Illnau-Effretikon

Der Kantonsrat hat am vergangenen Montag die Rechnung und den Geschäftsbericht der Elektrizitätswerke des Kantons Zürich (EKZ) für das Geschäftsjahr 2024/2025 genehmigt. Die Zahlen wirken auf den ersten Blick eindrücklich: Bei einem Umsatz von 1003,6 Millionen Franken resultiert ein Gewinn von rund 189 Millionen Franken. Davon fliessen 35,1 Millionen Franken an den Kanton und 11,3 Millionen Franken an die Gemeinden.

Doch wer genauer hinschaut, erkennt rasch: Der Löwenanteil dieses Gewinns stammt nicht aus dem eigentlichen Betrieb der EKZ. Entscheidend sind die Beteiligungserträge aus der Axpo Holding AG und der Repower AG. Allein die Axpo-Dividende beträgt 123,3 Millionen Franken, jene der Repower 40,3 Millionen Franken. Das operative Ergebnis der EKZ liegt dagegen nur noch bei 18,8 Millionen Franken – im Vorjahr waren es noch 53,5 Millionen Franken.

Damit wird klar: Die erfreuliche Gesamtrechnung darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass die operative Ertragskraft deutlich schwächer ausfällt. Das Fundament ist weniger robust, als es die Gewinnzahl vermuten lässt. Wenn gleichzeitig hohe Ausschüttungen an Kanton und Gemeinden erfolgen, obwohl der Gewinn grösstenteils aus Beteiligungserträgen stammt, drängt sich der Eindruck von Schönwetter-Politik auf: Solange ausser-

ordentlich hohe Erträge fliessen, wird verteilt und gefeiert, obwohl die operative Basis erkennbar schwächer geworden ist.

Richtig und wichtig sind die hohen Investitionen ins Stromnetz. Wöchentlich rund zwei Millionen Franken ins eigene Netz zu investieren, zeigt, wo der eigentliche Auftrag der EKZ liegt: bei einer sicheren, leistungsfähigen und verlässlichen Stromversorgung für den Kanton Zürich. Genau darauf muss der Fokus liegen.

Kritisch bleibt dagegen das Engagement bei der Eltop AG. Zwar wurde die Rentabilität verbessert, doch ein EBIT von 1,2 Millionen Franken bei 93 Millionen Franken Umsatz ist für ein Elektroinstallationsunternehmen mit rund 420 Mitarbeitenden kein starkes Ergebnis. Hier stellt sich weiterhin die grundsätzliche Frage, ob ein staatliches Unternehmen in diesem Marktsegment überhaupt in dieser Form tätig sein soll.

Auch die Auslandsinvestitionen in Solar- und Windanlagen verdienen eine kritische Prüfung. Solche Engagements mögen bilanziell sinnvoll erscheinen, leisten aber keinen direkten Beitrag zur Versorgungssicherheit in der Schweiz. Gerade in energiepolitisch anspruchsvollen Zeiten ist das schwer zu erklären.

Die Rechnung der EKZ ist genehmigungsfähig. Aber sie ist kein Freipass. Wer Verantwortung für ein staatliches Unternehmen trägt, muss genauer hinschauen – gerade dann, wenn die Zahlen auf den ersten Blick glänzen.

Das Votum im Kantonsrat als Video:



2. AUSTAUSCH JUSTIZ & POLITIK AM 8. APRIL 2026

Erneut ein gelungener Anlass für die Vernetzung unserer «Juristen» mit politischen Mandatsträgern

Nach der Premiere im letzten Jahr fand am Mittwoch der letzten Woche der zweite Anlass «Justiz & Politik» im Restaurant Sonnental in Dübendorf statt. Ein wichtiger Anlass, um die Anliegen von Justiz und Politik gemeinsam zu diskutieren und die gegenseitige Wertschätzung zu pflegen.

Rund 50 Personen haben sich auf Einladung der Kantonalpartei zum zweiten, jährlich stattfindenden Anlass in Dübendorf getroffen. Nach der bereits erfolgreichen Durchführung 2025 stiess der Anlass wiederum auf hohen Anklang und wurde von beiden Seiten – den anwesenden Richtern, Staatsanwälten und weiteren in der Justiz tätigen SVP-Vertretern einerseits und den nationalen und kantonalen Mandatsträgern unserer Partei andererseits – sehr geschätzt.

Aber nicht nur das gemütliche und gesellige Beisammensein steht dabei im Mittelpunkt, sondern auch der gegenseitige Austausch, Anliegen platzieren zu können und die Wertschätzung und die Zusammenarbeit zu vertiefen.

Dieses Jahr wurde der Anlass durch zwei Referate begleitet. Nationalrat Gregor Rutz erläuterte den Anwesenden in eindrücklicher Weise die Folgen des EU-Unterwerfungsvertrags und der Journalist und PR-Fachmann Ernst Hilfiker erklärte unterhaltsam und informativ die Herausforderungen eines Redaktors im Zusammenhang mit der Berichterstattung von Gerichtsfällen.

Es steht ausser Frage, dass diese neu geschaffene Plattform auch weiterhin stattfinden soll; bereits sind die ersten Planungen für die Durchführung 2027 in die Wege geleitet worden.

Marco Calzimiglia,
ParteiSekretär SVP Kanton Zürich



v.l.n.r.: NR Gregor Rutz, Parteipräsident und Kantonsrat Domenik Ledergerber, Journalist Ernst Hilfiker sowie Fraktionspräsident und Kantonsrat Tobias Weidmann.

Bild: SVP Kanton Zürich

Sie möchten inserieren?

Dann melden Sie sich bei uns!

Die nötigen Infos und Kontaktdaten finden Sie auf der letzten Seite im Impressum.



WORTE DES FRAKTIONSPRÄSIDENTEN

Die Fachkräfte-Lüge

Das Argument kennt jeder: Die Schweiz brauche Zuwanderung, weil sonst Spitäler kollabieren, Pflegeheime veröden und Baustellen stillstehen. Wer die Einwanderung bremsen wolle, nehme in Kauf, dass Grossmutter's Pflegebett leer bleibt. Es ist das stärkste Argument der Zuwanderungsbefürworter in Politik und Medien – und es ist falsch.

Die amtlichen Zahlen widerlegen es. Zwischen 2022 und 2025 wanderten jährlich durchschnittlich 215 000 bis 224 000 Personen in die Schweiz ein – rund ein Drittel mehr, als das Staatssekretariat für Migration kommuniziert, weil Asylgesuche und Ukraineschutzstatus nicht dazu gezählt werden. Von dieser Gesamtzuwanderung kamen im Schnitt 43 Prozent zum Arbeiten. Die fünf häufigsten Berufe dieser Erwerbstätigen im Kanton Zürich:

Softwareentwickler, Reinigungsangestellte, Kellner, Finanzfachkräfte, Unternehmensberater. Kein einziger davon gilt gemäss dem Fachkräftemangel-Index 2025 als Mangelberuf. Gesundheit und Pflege zusammen machen gerade einmal 3,6 Prozent der Gesamtzuwanderung aus – Ärzte 1,0 Prozent, Pflegefachkräfte 0,5 Prozent. Den Pflege-mangel decken übrigens nicht Einwanderer, sondern täglich pendelnde Grenzgänger aus Frankreich, Deutschland und Italien – fast doppelt so viele wie eigentliche Einwanderer. Das relativiert das Argument grundlegend.

Das Fazit ist ernüchternd: Rund einer von zehn Einwanderern arbeitet in einem anerkannten Mangelberuf. Die anderen neun brauchen Wohnraum, Schulplätze, Spitalbetten – und jemanden, der das bezahlt. Alle diese Zahlen stammen aus amtlichen Quel-

len – SEM, BFS, OBSAN, Volkswirtschafts-direktion Kanton Zürich. Wer trotzdem behauptet, die Massenzuwanderung sei primär Fachkräftezuwanderung, lügt – oder hat die Zahlen nie gelesen.

Die Schweiz stampft jährlich eine neue Grossstadt wie Winterthur aus dem Boden – mit Bahnhof, Strassen, Spital und Hochschule – davon nur einen Bruchteil für echte Mangelberufe. Wer das benennt, ist kein Rassist. Er ist Realist.



von
Tobias Weidmann

DAS VORERST ABRUPT POLITISCHE ENDE VIKTOR ORBÁNS

Gehören Antimigration und Grenzsicherung jetzt der Vergangenheit an?

Der grundsätzliche EU-Kritiker Viktor Orbán wurde in Ungarn nach 16 Jahren nicht wiedergewählt. Stattdessen erhielten sein Konkurrent Péter Magyar und dessen Tisza-Partei eine Zweidrittelmehrheit. Was in Ungarn jetzt genau passieren wird, steht noch in den Sternen.



Reinhard Wegelin
Alt Parteisekretär SVP
Pfäffikon

Welcher Umstand genau dazu geführt hat, dass Orbán gescheitert ist, kommt erst skizzenhaft ans Tageslicht. Es entstand aber eine klare Wechselstimmung im Land. Man empfand zunehmend eine fehlende Erneuerung und eine grosse Abnutzung.

Wundertüte Magyar

Péter Magyar ist wohl kein klassischer Linker. Er war früher selbst Teil des Systems Orbán. Er gilt politisch als bürgerlich-rechts, aber viel EU-freundlicher. Viele konservative Wähler konnten wechseln, ohne angeblich ihre Grundwerte zu verraten. Allerdings wurde Magyar auch von den globalistischen Eliten um den «Philanthropen» George Soros, von vielen Linken und der EU-Kommission unterstützt. Orbán störte in ihren Augen den Globalismus und die One-World-Order. Gehören Antimigration und Grenzsicherung nun der Vergangenheit an? Magyar muss erst noch liefern. Das wird schwierig werden. Die Erwartungen an ihn sind höher als realistisch erfüllbar.

Orbán baute seine Politik immer auf eine klare Botschaft auf. Nation, Sicherheit und traditionelle Werte waren sein Themendreieck, alles verbunden mit einer tiefgreifenden Metapolitik, die jede Faser des Landes erfasste. Während der Migrationskrise 2015 positionierte er sich als «Schützer der Grenzen» der EU.

Starke Familienförderung

Innenpolitisch setzte Orbán stark auf Familienförderung mit Steuererleichterungen, auf einen Energiepreisdeckel und ein relativ stabiles Wachstum. Seine Partei Fidesz hat das Wahlrecht angepasst, die Wahlkreise neu zugeschnitten und staatliche Ressourcen in jedem Bereich genutzt.

Weshalb funktionierte das 2026 nicht mehr? Die Opposition trat viel geeinter auf, unterstützt vor allem von ausländischen Medien. Die Wirtschaft wurde zudem schwächer, was das Vertrauen in den Regierungschef minderte. Die ausbleibenden EU-Gelder belasteten die ungarische Volkswirtschaft. Ausserdem waren Orbáns «ständige Eventisierung der Politik», seine «Versorgungsgesellschaften» und auch Fälle von Vetternwirtschaft gewisse Gründe für sein jähes politisches Ende. Wahrscheinlich hat Orbán auch im Wahlkampf zu fest auf aussenpolitische Themen gesetzt. Seine fast lückenlose Unterstützung

durch die Trump-Regierung und sein entspanntes Verhältnis zu Russlands Putin nützten ihm im Wahlkampf jedenfalls nichts.

Übrigens hat Orbán seinem Gegner sofort fair gratuliert. Das beweist, dass Orbán ein lupenreiner Demokrat ist, der keinen Umsturz will, sondern den demokratischen Mechanismen vertraut. Ausländische Medien bezeichneten Orbáns Ungarn immer wieder als «Diktatur-im-Werden».

«Robin Hood der Europäischen Union»

Für die Schweiz bleibt Viktor Orbán im Kampf gegen einen EU-Beitritt eine Art



Was in Ungarn nun passieren wird, steht noch in den Sternen.

Bild: Adobe Stock

Lichtgestalt. Er hat vor der undemokratischen EU immer gewarnt und gezeigt, dass mit Eurokraten keine Abmachungen gemacht werden können.

Roger Köppel bezeichnete Orbán einmal als «Robin Hood der Europäischen Union». Die Erinnerung daran wird bleiben.

PARTEILOSE HABEN NICHTS VERGLEICHBARES

SVP-Behördentreffen mit Regierungsrat Ernst Stocker

Wer seine Haltungen im Wahlkampf als parteilose «Katze im Sack» versteckt, verzichtet daneben auf Mehrwert für das Amt, den die SVP bietet – etwa auf den geselligen Erfahrungsaustausch an der schönen Tössegg letzten Samstagmorgen.

Kommunikation ist der Schlüssel, um sein Amt einfacher und wirkungsvoller zu führen. Niederschwellig Amtskolleginnen und Amtskollegen zu kontaktieren, über die Ebenen von Gemeinde, Bezirk, Kanton oder Exekutive, Legislative und Judikative hinweg direkt zu informieren oder sich einfache Tipps zu holen, Verbündete zu finden und Wege zu öffnen: Die SVP Bezirk Bülach ist in allen Behörden vertreten und organisiert diesen Mehrwert gezielt.

Regel Austausch und geselliges Beisammensein

28 Behörden- und Parteimitglieder folgten der Einladung. Bei Kaffee und Gipfeli informierte Ernst Stocker über Geschäfte des Regierungsrats und persönliche Erfahrungen, erläuterte, wie man beim Sparen Haltung bewahrt, und beantwortete Fragen zum Regierungsrat. Manche Entscheide liegen bei den Gemeinden und nicht jede Empfehlung aus der einen oder anderen kantonalen Amtsstube ist Verordnung oder Gesetz: Hinterfragen lohnt sich. Während der nachfolgenden eineinhalb

Stunden tauschten Behördenmitglieder Amtserfahrungen in Diskussionsgruppen aus, so etwa sechs Stadt- und Gemeindepräsidenten, die Finanzvorstände und RPK-Mitglieder, die Bau-, Planungs- und Werkverantwortlichen oder jene mit den Ressorts Sicherheit, Soziales, Sport, Vereine und Bildung. Neben den Gemeindebehörden waren die Kantonsräte Christian Pfaller, Romaine Rogemoser, Barbara Grüter und Alexander Seiler sowie eine Vertretung aus dem Bezirksrat mit dabei.

Nach einer kurzen Schlussrunde folgte über Mittag das gesellige Zusammensein bei Wein, Fleischkäse und Kartoffelsalat bei sonnigem Frühlingswetter auf der wunderschönen Terrasse über der Tössegg, fröhlich bedient von Gastgeber Branko Sitar. Man ging nach dem freudigen Morgen mit mehr Ideen, Erfahrungen und Bekanntschaften nach Hause, als man gekommen war.

Matthias Hauser,
Gemeindepräsident Hüntwangen,
Organisator Behördentagung
SVP Bezirk Bülach



Kantonsrat und Bezirksparteipräsident Christian Pfaller (l.) dankt Regierungsrat Ernst Stocker für sein spannendes Referat.

Bild: zvg

Hans-Rudolf Abächerli (1928–2026)

Am 7. April ist Hans-Rudolf Abächerli in Stäfa verstorben. Der fast 98-jährige hat mich noch im Mai vergangenen Jahres bei guter Gesundheit besucht und wie immer mit scharfem Verstand die politische Situation in der Schweiz analysiert. Den gebürtigen Obwaldner zog es rasch in den Kanton Zürich, wo er sich zum Werbefachmann weiterbildete. Erstmals 1977 führte Abächerli einen Wahlkampf für einen Reiterkameraden: Prompt wurde der volksnahe Küssnacht Weinbauer Ueli Welti zum SVP-Bezirksrat gewählt. 1987 führte Abächerlis Firma Goal AG einen erfolgreichen Feldzug für Hans Hofmann, der damals in den Regierungsrat und später in den Ständerat einzog.

Wir beide waren uns einig, dass die Problemstellung bei den eidgenössischen und kantonalen Wahlen immer von der Partei her kommen musste. Eine kleine Gruppe in der Parteileitung der Zürcher SVP diskutierte intensiv und brachte auf den Punkt, was die Bevölkerung beschäftigte. Erst wenn die Kernbotschaft klar und auch in den Gremien besprochen war, trat Werber Abächerli in Aktion. Konsequenterweise trat er die Ansicht, dass die werberische Umsetzung erst am Schluss stehen dürfe. Die Botschaft müsse mit der Lebenswirklichkeit übereinstimmen, sonst komme sie bei den Wählern nicht an und könne auch nicht glaubwürdig vertreten werden.

An der werberischen Umsetzung hat Abächerli mit seinen Mitarbeitern intensiv gearbeitet. Je knapper die Aussa-



ge war, umso länger dauerte der Denkprozess. Abächerli konnte wochenlang an einer griffigen, knappen Aussage herumstudieren. Dann zog er begabte Texter und Grafiker bei, erteilte Aufträge und entschied sich nach gründlichem Studium für die beste von mehreren Varianten.

Als die schweizerische SVP sogar unter zehn Prozent Wähleranteil fiel, musste sie bewusst provozieren, um Aufmerksamkeit zu erregen. Der grünen Welle im Gefolge des Waldsterbens begegneten wir 1991 mit dem Inserat «Achtung vor dem roten und grünen Filz» mit zwei fröhlich tanzenden Filzläusen. Berühmt wurde 1993 das Messerstecher-Inserat nebst der Aussage «Das haben wir den Linken und den «Netten» zu verdanken.» Die Darstellung von arroganten EU-Stiefeln sorgte 1995 für Empörung.

2002 übertrug Abächerli die Agentur Goal AG an Alexander Segert, blieb aber beratend im Hintergrund

tätig. Lange lebte er danach auf Antigua oder in Florida und in der Schweiz. Die kantonalzürcherische und die eidgenössische SVP verdanken Ruedi Abächerli viel. Er begleitete, ja ermöglichte ihren Aufstieg von der schwächsten Bundesratspartei zur wählerstärksten des Landes. Der aussergewöhnliche Werber wirkte auch in der Wirtschaft mit Erfolg, nicht zuletzt für die Profilierung und Ausenwirkung der Ems Chemie AG. Er verband in seiner Werbung präzises Handwerk mit streng diszipliniertem Denken.

Nach misslungenen Wahlen 2019 redete Abächerli der SVP in der Weltwoche ins Gewissen: «Die SVP ist mit viel Wahlwerbung in Erscheinung getreten. Einen echten Wahlkampf geführt hat sie nicht. Kampf heisst angreifen, heisst mit harter Kritik provozieren, heisst aber auch einstecken. Nur das befeuert die Journalisten und führt zur Dominanz in der Medienwelt. Verletzte Seelen, rote Köpfe, geballte Fäuste, laute Proteste und Schreckensgeschrei – nur das reisst die lethargischen Stimmbürger von den Stühlen, lässt sie Partei ergreifen und handeln. Ohne das Wecken von Emotionen sucht man den Erfolg vergebens.»

Wir Weggefährten und Freunde werden Ruedi Abächerli nicht vergessen und sind ihm dankbar für alles, was er für die SVP und damit an guten Diensten für unser Land geleistet hat.

Christoph Blocher,
Alt Bundesrat SVP,
Herrliberg

MEDIENMITTEILUNG DER SVP WINTERTHUR

Wohn-Initiative offiziell zustande gekommen

Der Stadtrat von Winterthur hat das offizielle Zustandekommen der Volksinitiative «JA zur Wohninitiative – Für eusi Stadt, für eusi Familie» bestätigt. Die SVP freut sich über das deutliche Signal aus der Bevölkerung. Sie begrüsst, dass auch der Stadtrat erste Schritte für eine bevorzugte Behandlung von Winterthurer Wohnungssuchenden eingeleitet hat.

Nach der Einreichung von über 2000 Unterschriften – doppelt so viele wie nötig – im Februar liegt nun das amtliche Ergebnis vor. Für die SVP ist dies ein klarer Beleg für die Dringlichkeit und breite Abstützung eines Vorrangs für die Winterthurer Bevölkerung bei städtisch gefördertem Wohnraum.

«Dass die Hürde so deutlich genommen wurde, zeigt den Wunsch der Bevölkerung nach griffigen Lösungen», erklärt Christian Hartmann, Präsident des Initiativkomitees. «Wir wollen sicherstellen, dass Winterthurer Familien bei Wohnungen, die sie mit ihren Steuern finanzieren, nicht länger das Nachsehen haben.»

Mit dem offiziellen Zustandekommen der Initiative liegt der Ball nun beim Stadtrat. Die SVP nimmt erfreut zur Kenntnis, dass der Stadtrat mittlerweile ebenfalls die Notwendigkeit sieht,

Winterthurerinnen und Winterthurer bei der Wohnungsvergabe besser zu schützen. So sollen gemäss einem im November 2025 publizierten Verordnungsentwurf bei künftigen Neubauprojekten gemeinnützige Wohnungen prioritär Winterthurerinnen und Winterthurer zur Verfügung gestellt werden.

Winterthurer Wohnungen für das Winterthurer Volk

Die SVP fordert mit ihrer Initiative, dass der Vorrang für alle gemeinnützigen Wohnungen gilt (Neubauten und Bestand), die direkt oder indirekt durch die Stadt unterstützt werden (zum Beispiel durch die Abgabe von Land im Baurecht oder Beratungsdienstleistungen). Das bedeutet zum Beispiel konkret: – In den nächsten Jahren plant die Stadt, den Bau von mindestens 100 bis 150

Wohnungen pro Jahr mit Steuergeldern direkt zu unterstützen.

- Gleichzeitig werden bestehende städtische und durch Winterthurer Steuergelder unterstützte Wohnungen laufend neu vermietet.
- Gemeinnützige Wohnbauträger sollen die Vorrangregel auf ihren gesamten Wohnungsbestand anwenden, um in Zukunft von städtischer Unterstützung zu profitieren.

Jedes Jahr stehen so Hunderte Wohnungen zuerst der Winterthurer Bevölkerung zur Verfügung.

Die SVP Winterthur wird die kommende Weisung des Stadtrats an das Parlament kritisch begleiten. Die Kriterien für die Wohnungsvergabe sollen so definiert werden, dass sie unbürokratisch umsetzbar sind und eine maximale Wirkung für die Winterthurer Bevölkerung erzielen.

SVP OETWIL AM SEE

103. GV mit Regierungsrätin Natalie Rickli

Zur Generalversammlung der SVP-Sektion Oetwil am See hatte sich eine stattliche Anzahl Mitglieder (auch Neumitglieder) eingefunden. Im Jahresbericht von Präsident Eugen Hunziker, der wie gewohnt mit zahlreichen Fotos von den verschiedenen Aktivitäten illustriert war, konnten sich die Anwesenden nochmals vieles amüsiert zu Gemüte führen.

Beim Thema vergangene Gemeindevahlen allerdings gestaltete der Präsident seine Analyse etwas umfangreicher, indem er die zunehmende Anzahl von Parteilosen (sechs gegenüber zwei SVP-Vertretern im Gemeinderat) ins Visier nahm. Dabei unterstützte ihn auch eine Publikation von Alt Bundesrichter Prof. Dr. Karl Spühler, der von einer staats- und demokratiepolitischen Verantwortungslosigkeit sprach, wenn Kandidaten eben von links, rechts und aus der Mitte gewählt werden. Keine Flagge zeigen zu wollen sei purer Egoismus und wohl kaum ein umfassendes Dienen für die Sache.

Die weiteren Geschäfte und Neuwahlen des Vorstandes verliefen problemlos. Daraufhin folgte zweifellos der Höhepunkt mit dem Auftritt der Gesundheitsdirektorin. Mit beeindruckenden und humorigen Worten vermochte Natalie Rickli eine Übersicht über ihr immenses Aufgabengebiet, ihre unend-

lichen Kommissionssitzungen und Auftritte in Gremien und in der Öffentlichkeit zu geben. Qualität, Kosten, Strukturen, Vereinbarungen, Tagesgeschäfte usw. – alles Themen in grosser Vielfalt. Zum Schluss liess sie es sich

nicht nehmen, auf etliche Fragen und Sorgen der anwesenden Mitglieder persönlich einzugehen.

Eugen Hunziker, Präsident SVP Oetwil am See



v.l.n.r.: Sektionspräsident Eugen Hunziker, Regierungsrätin Natalie Rickli und Alt Nationalrat Christoph Mörgeli.

Bild: zVg

SVP DIETIKON

Monsterabstimmungssonntag am 14. Juni 2026

Am 1. April 2026 (kein Aprihscherz) pünktlich um 19.00 Uhr startete die Parteiversammlung im Restaurant Heimat. Der vorgängig offerierte Apéro wurde durch die gewählten bisherigen und neuen Gemeinderäte und Stadträte übernommen. Gastreferent Kantonsrat Paul Mayer kam mit dem ÖV nach Dietikon, weil es unmöglich gewesen wäre, von Marthalen aus durch den Gubrist rechtzeitig in Dietikon einzutreffen.

Die zwei eidgenössischen Vorlagen betreffen die Nachhaltigkeits-Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz!» und das Bundesgesetz über den zivilen Ersatzdienst (Zivildienst), die von Kantonsrat Rochus Burtscher vertreten wurden. Bei der Nachhaltigkeits-Initiative wurde engagiert diskutiert und am Schluss war die Parolenfassung klar: einstimmig JA. Die Zivildienstvorlage war im Grundsatz ebenfalls klar, aber viel schwieriger zu verstehen – dennoch stimmte die Versammlung klar JA.

Fünf kantonale Vorlagen

Die anschliessenden fünf kantonalen Vorlagen wurden von KR Mayer vorgestellt. Die erste betrifft die Stellvertretung im Kantonsrat. Wenn ein Mitglied des Kantonsrats zwischen drei und zwölf Monaten abwesend ist, kann der erste Nachfolger dafür nachrutschen und ihn vertreten. Hauptsächlich wurde über

diese Dauer diskutiert. Als unvernünftig betrachtet resultierte deshalb die klare NEIN-Parole. Dann kamen die drei Mietvorlagen: Die erste vom HEV Zürich wurde kontrovers diskutiert und schlussendlich mehrheitlich mit JA unterstützt. Sodann folgten die zwei weiteren Mietvorlagen der Linken: «Wohnungsinitiative» und «Wohnschutz-Initiative» mit ihren jeweiligen Gegenvorschlägen des Kantonsrates. Würden die linken Wohn-Initiativen durchkommen, würde nichts mehr gebaut und die Mieten steigen. Deshalb fasste die Parteiversammlung klar die NEIN-Parolen zu den zwei linken Wohn-Initiativen, während sie zu den jeweiligen Gegenvorschlägen mehrheitlich JA stimmte.

Den Schluss machte Paul Mayer mit der kantonalen Volksinitiative «Stopp Prämien-Schock». Der Kanton Zürich ist mit den Abzügen der Krankenkassenprämien kleinlich, obwohl die Prä-

mienzahler hohe Prämien bezahlen. Mit dieser Initiative soll besser gelenkt werden: Der steuerliche Abzug soll in Zukunft automatisch an die Prämienentwicklung angepasst werden. Steigen die Krankenkassenprämien, steigt auch der Steuerabzug. Diese Parolenfassung war eindeutig: einstimmig JA.

Dietikon braucht Vernunft statt Ideologie

Die kommunalen Vorlagen «Revision Parkierverordnung» und «Privater Gestaltungsplan Post-/Zürcherstrasse» wurden von Gemeinderat Markus Erni vorgestellt. Die Revision der Parkierverordnung war ein heisses Eisen, denn schlussendlich werden damit erneut alle bestraft. Zum einen erwachsen der Bevölkerung erhebliche Mehrkosten, zum anderen wird das Gewerbe zusätzlich benachteiligt. Eigentlich war die Vorlage durch die Kommission gut beraten worden und der Stadtrat hatte diese bereinigte Vorlage eingebracht – in der Gemeinderatssitzung hat dann aber Die Mitte zusammen mit den Linken ausgeschert. Die zuständige Stadträtin fand das noch toll... Nun gilt es, diese Parkierverordnung abzulehnen, damit die Beratungen wieder aufgenommen werden können, um eine vernünftige Lösung zu finden. Die Parolenfassung war eindeutig: NEIN!

Beim privaten Gestaltungsplan Post-/Zürcherstrasse wollen die Linken – wie bei den kantonalen Wohn-Initiativen – mit einer Zwängerei die Privateigentümer in die Knie zwingen und verlangen günstigen Wohnraum. Wer will das nicht? Doch mit diesem Referendum der Linken (ohne Grüne) werden Wohnungen noch teurer und es wird sicherlich nicht mehr gebaut. Und wenn, dann nur noch Standard. Somit hätte die Stadt Dietikon keinen Einfluss mehr auf die Bauart und Bauweise. Deshalb war am Schluss klar, dass wir die JA-Parole fassen.

Nach knapp zwei Stunden war die Versammlung zu Ende. Im Anschluss wurde die Gelegenheit rege genutzt, um sich mit den Referenten auszutauschen und den Abend beim gemütlichen Zusammensein ausklingen zu lassen.

Rochus Burtscher, Kantonsrat und Präsident SVP Dietikon



Kantonsrat Paul Mayer erläuterte die Vorteile der «Stopp Prämien-Schock»-Initiative.

Bild: zVg

WER DARF NOCH SPRECHEN?

Übergriffige EU

Der ehemalige Präsident Tschechiens, Václav Klaus, soll erklärt haben, sein Land sei im Alltag von der EU mehr unter Druck als früher unter der Sowjetunion. Er glaube zwar nicht, dass die EU mit Militärgewalt gegen Freiheitsbewegungen vorgehen würde wie seinerzeit die UdSSR. Aber die EU diktiere fast täglich seinem Land.



Christoph Blocher
Alt Bundesrat SVP
Herrliberg

Dass er recht hat, zeigte mir ein kürzlicher Vorfall: Die Ungarn feiern jeweils in der Schweiz ihren Nationalfeiertag für jene Ungarn, die in der Schweiz leben. Dieses Jahr sprach der Präsident des ungarischen Parlaments, und ich wurde gebeten, ein Grusswort von ein paar Minuten zu überbringen – auch, weil ich viele ungarische Freunde in der Schweiz habe.

Nun erfuhr ich, dass der deutsche Botschafter in der Schweiz, der Botschafter der EU in Bern sowie die niederländische Botschafterin in der Schweiz heftig auf den ungarischen Staat losgegangen seien. Es gehe doch

absolut nicht an, dass zu der Feier der Ungarn in der Schweiz ein Blocher eingeladen werde. Perplex fragten die Vertreter Ungarns zurück, warum sie nicht einen Alt Bundesrat für ein Grusswort einladen dürften, zumal dieser enge Beziehungen zu den Ungarn in der Schweiz habe. Die Antwort: Das komme überhaupt nicht infrage, Blocher sei doch gegen den EU-Beitritt der Schweiz!

Was ist da passiert? Drei Botschafter aus EU-Staaten in der Schweiz sagen einem anderen Botschafter, wer bei diesem am Nationalfeiertag auftreten darf. Schweizer! Hütet Euch am Morgen, bevor uns die EU-Länder dies auch noch verbieten wollen.

Jetzt sagte ich schnell zu für eine Rede – bevor mir die EU-Länder dies auch noch verbieten wollen. (Ich spreche zum 1. August am 31. Juli 2026 im Tell-Festspiel-Theater in Interlaken. Jedermann ist eingeladen!)

VIKTOR ORBÁN

Der eiserne Kämpfer gegen die EU-Bürokratie

Nach 16 Jahren hat Viktor Orbán am 12. April 2026 die Wahlen verloren. Vor allem die Vetternwirtschaft in der eigenen Partei ist ihm zum Verhängnis geworden.



Derek Richter
Gemeinderat SVP
Zürich

Der Fidesz-Chef trat ab und gratulierte seinem Nachfolger Péter Magyar. Dennoch geht Orbán als Sieger in die Geschichte ein: Er hat Ungarn vor Massmigration, Gender-Ideologie und Brüsseler Erpressung geschützt. Die absolute EU froh Milliarden ein, startete Verfahren und versuchte mit Strafen, Ungarn in die Knie zu zwingen – nur weil Orbán jederzeit nationale Souveränität über Brüsseler Diktate stellte. Patriotismus vs. Sanktionen – und Orbán blieb jederzeit standhaft. 16 Jahre Orbán

vs. 16 Jahre Merkel – der Kontrast könnte nicht grösser sein.

Magyar (einst Fidesz-Mitglied) verspricht nun die «Rückkehr in den europäischen Mainstream»: Justizreformen, Freigabe der Gelder und weniger Widerstand. Für viele Ungarn klingt das nach Kapitulation. Die EU jubelt – ein Nestbeschmutzer weniger, ein Untertan mehr. Ob so der Nährboden für Korruption weniger wird?

Fazit für die Schweiz: Genau deshalb sollte die Schweiz sich der EU keinen Millimeter nähern. Wer Brüssel zu nahe kommt, verliert Souveränität, direkte Demokratie und Neutralität. Der Fall Orbáns zeigt: Die EU bestraft jeden, der nicht spürt. Die Schweiz bleibt besser unabhängig – frei und stark.

Daher am 14. Juni 2026 ein klares JA zur Nachhaltigkeits-Initiative.

Podiumsdiskussion Nachhaltigkeits-Initiative

Mittwoch, 6. Mai 2026, Meilen
Restaurant Löwen, Seestrasse 595
Türöffnung: 18.30 Uhr ~ Podium: 19.15 Uhr
Apéro im Anschluss

 PRO Thomas Matter Nationalrat, Erster Stellvertreter	 CONTRA Thomas Forrer Kantonsrat
 Begrüssung Marion Matter Kantonsrätin, Vizepräsidentin SVP Bezirk Meilen	 CONTRA Sarah Fuchs Kantonsrätin
 PRO Domenik Ledergerber Kantonsrat, Parteipräsident	 Moderation Andreas Schürer Kommunikationsberater

Fadegrad

von
Manuel Zanoni

Pinselrenovationen

Grosse Leerkündigungen wie bei den Zürcher «Sugus»-Häusern machen Schlagzeilen. Die «Wohnschutz-Initiative» der Linken, über die wir im Kanton Zürich am 14. Juni abstimmen, verspricht Schutz vor «unfairen» Leerkündigungen. Laut den Initianten nutzen Vermieter Sanierungen oft als Vorwand für eine Leerkündigung, um Wohnungen nach einer oberflächlichen Renovation teurer weiterzuvermieten. Bei diesen sogenannten Pinselrenovationen wird die Wohnung nicht saniert, geschweige denn modernisiert, sondern einfach nur instandgesetzt. Natürlich wäre eine Leerkündigung missbräuchlich, wenn einfach nur die Wände neu gestrichen werden oder das Parkett aufgefrischt wird.

Die Initiative verlangt jedoch, dass staatliche Kommissionen jede noch so kleine Umbauarbeit begutachten und Mieterhöhungen bewilligen müssen. Wie so oft bei linker Wohnbaupolitik droht auch bei diesem Vorhaben der Schuss nach hinten loszugehen: Statt Pinselrenovationen zu verhindern, bewirkt die Initiative das Gegenteil!

Basel hat 2022 ein ähnliches Modell eingeführt. In der Folge sind die Sanierungen um über 50 Prozent und die Baugesuche um über 70 Prozent zurückgegangen. Viele Vermieter werden nämlich durch den bürokratischen Bewilligungsprozess und die fehlende Umlagemöglichkeit abgeschreckt. Statt sinnvoller Sanierungen und Modernisierungen machen sie nur noch die nötigsten Instandsetzungsarbeiten. Die unbeabsichtigte Konsequenz: Die Initiative führt zu mehr statt weniger Pinselrenovationen!

In Genf besteht eine solche starre Regelung schon seit den 90er-Jahren. Da Bauherren nur noch das Nötigste machen, gibt es in keiner anderen Stadt eine schlechtere Bausubstanz und mehr fossile Heizungen. Sind es nicht gerade die linken Parteien, die fossile Heizungen zum Feindbild erklärt haben? Sie verschweigen jedoch, dass die von ihnen gewünschten energetischen Sanierungen oft nur bei einer umfassenden Sanierung oder bei einem Neubau möglich sind. Diese Beispiele zeigen die Verantwortungslosigkeit der linken Wohn- und Energiepolitik exemplarisch auf!

Der Ökonom Assar Lindbeck sagte einmal, dass «Mietpreiskontrollen die effektivste Methode sind, eine Stadt zu zerstören, ohne sie zu bombardieren.» In vielen Wiener und New Yorker Vierteln mit strenger Mietpreiskontrolle verfielen im 20. Jahrhundert die Gebäude zusehends, weil die Mieteinnahmen oft nicht einmal die laufenden Kosten deckten. Ähnliches lässt sich nun in Genf und Basel beobachten. Die «Wohnschutz-Initiative» und viele andere Vorschläge aus der linken Küche sind nichts anderes als verkappte Mietpreiskontrollen. Sogar ein früherer sozialdemokratischer Ökonom wie Lindbeck hat das erkannt! Man kann die «Wohnschutz-Initiative» also guten Gewissens ablehnen.

AUS DEM ZÜRCHER GEMEINDERAT

Walter Anken – ein richtiger Schweizer

Am Mittwoch hatte Gemeinderat Walter Anken seine letzte Ratsitzung. Er trat nach 11 Jahren Amtszeit nicht mehr an. Walter Anken ist ein Schweizer im besten Sinne: Ehrlich, fleissig, wissbegierig, wertkonservativ – mit dem Herz am rechten Fleck. «Ich komme eben aus dem Emmental», sagte er öfters.

Samuel Balsiger
Fraktionspräsident SVP
Zürich

Die Schweiz ist ein wunderbares Staatsgebilde. Chaotisch – und doch beständig wie kein anderes Land. Wir vereinen viele Widersprüche in uns und formen daraus etwas Einzigartiges. Wo sonst kann der Bürger mitreden und mitbestimmen wie in der Schweiz? Bei uns soll das beste Argument obsiegen. Wir leben in einem kleinen Paradies auf Erden. Dieser Erfolg ist nur durch Fleiss, Offenheit und Selbstvertrauen möglich.

Frei bleiben

Nur wer seine Vergangenheit kennt, kann die Zukunft erfolgreich gestalten. Die Schweiz war einst das Armenhaus von Europa. Ohne Meeranschluss und ohne nennenswerte Bodenschätze. Und doch ist die Schweiz eines der erfolgreichsten und reichsten Länder der Welt. Dieser Erfolg ist weder selbstverständ-

lich noch auf ewig garantiert. Wir müssen das Gute aus der Vergangenheit achten und bewahren – und immer wieder Neues wagen. Wir Schweizer wollen Schweizer bleiben. Wir wollen weder durch einen EU-Beitritt unsere direkte Demokratie aufgeben, noch wollen wir einen übergrossen Staat. Wir wollen frei, neutral und unabhängig sein.

Sich einsetzen

Walter Anken hat immer verstanden, was für ein wunderbares Land wir haben. «Ich will sagen können, dass ich mich für die Schweiz eingesetzt und nicht einfach nur die Faust im Sack gemacht habe», war ein anderer Spruch, den er über die Jahre immer wieder sagte. Das war seine Motivation, um sich dem linken Irrsinn im Zürcher Gemeinderat entgegenzusetzen. Wir haben unzählige Stunden dort im Rat zusammengesessen. Und dabei viele gute Gespräche geführt. Dass die masslose Zuwanderung das Hauptproblem ist, war dabei immer unbestritten.

Grosser Dank

Wir waren bei Sachgeschäften auch einmal anderer Meinung und haben in-

haltlich hart gekämpft. Dabei liess sich Walter nie von seinen Wertevorstellungen abbringen, war aber offen für das beste Argument. Ein Schweizer im besten Sinne – ein richtiger Schweizer. Auf ihn war immer Verlass. Er führte auch

seine Kreispartei und setzt sich weiterhin unermüdlich für die liberal-konservativen Grundwerte der Schweiz ein.

Lieber Walter, wir danken dir für deinen grossen Einsatz und wünschen dir nur das Beste, lange Gesundheit – und auf ein baldiges Wiedersehen ausserhalb des rotgrünen Irrenhauses namens Gemeinderat.



Leider trat Walter Anken (r.) bei den Erneuerungswahlen vom 8. März nicht mehr an. Ein grosser Dank gilt seinem jahrelangen Einsatz für die Grundwerte der Schweiz. Mit der neu gewählten Jane Bailey (nicht auf dem Bild) konnte eine ausgezeichnete Nachfolgerin ins Amt gewählt werden.

Bild: zVg

GEMEINDEWAHLEN IN USTER

SVP Uster klar gestärkt – wieder wählerstärkste Partei

Die SVP Uster geht gestärkt aus den Gemeindewahlen 2026 hervor und ist wieder die wählerstärkste Partei in Uster. Mit dem Gewinn eines zusätzlichen Sitzes im Gemeinderat sowie einem Sitz in der Primarschulpflege konnte die Partei ihre Position deutlich ausbauen und ihre Ziele erreichen.

Dieses Resultat ist ein klarer Vertrauensbeweis der Ustermer Bevölkerung in eine Politik mit gesundem Menschenverstand, Bürgernähe und klarer Haltung. Die SVP Uster hat im Wahlkampf konsequent auf eine starke, breit abgestützte Liste gesetzt – dieser Einsatz wurde nun belohnt.

Im Gemeinderat wird die SVP Uster in der kommenden Legislatur mit fol-

«Die SVP ist wieder die wählerstärkste Partei in Uster. Herzlichen Dank!»

genden Mitgliedern vertreten sein: Ueli Schmid, Benjamin Streit, Désirée Gruber (neu), Daniel Schnyder, Andres Ott, Silvan Dürst, Dieter Hohmann, Martin Keller und Markus Zoller.

Besonders erfreulich ist die Wahl von Livia Ehrbar in die Primarschulpflege, womit die SVP Uster nach vier Jahren

wieder in diesem wichtigen Gremium vertreten ist.

Mit neu 17 Sitzen im bürgerlichen Lager (9 SVP, 6 FDP, 1 EDU und 1 Die Mitte) konnte die Position zwar gestärkt werden, für eine Mehrheit im Parlament reicht es jedoch weiterhin nicht. Umso wichtiger bleibt ein konsequenter Einsatz für bürgerliche Anliegen.

Die SVP Uster bedankt sich herzlich bei allen Wählerinnen und Wählern, die ihr Vertrauen ausgesprochen haben. Ein grosser Dank gilt ebenso den Kandidatinnen und Kandidaten sowie den zahlreichen Helferinnen und Helfern, die mit ihrem engagierten Einsatz diesen Erfolg möglich gemacht haben.

Die Partei wird sich auch in der neuen Legislatur mit voller Kraft für eine bürgerliche, verantwortungsvolle und nahe bei der Bevölkerung stehende Politik einsetzen – für eusi Lütü.

Daniel Schnyder,
Gemeinderat und Präsident SVP Uster



Die gewählten Mandatsträger der SVP Uster.

Bild: zVg

GEMEINDEWAHLEN IN WÄDENSWIL

Wahlen in Wädenswil mit zwiespältigem Resultat

Die SVP Wädenswil konnte bei den aktuellen Wahlen 49 239 Parteistimmen holen, was einem Gewinn von 2,6 Prozentpunkten entspricht. Die Rundungsregel führt aber dazu, dass (leider) kein Sitzgewinn im Gemeinderat resultiert.

Einmal mehr konnte die Stadtratskandidatin der SVP trotz Erreichen des absoluten Mehrs keinen Sitz in der Exekutive einnehmen. Nebst dem Sitz in der Sozialbehörde ist die SVP Wädenswil auch noch mit einem Sitz in der Schulpflege der Primarschule Wädenswil vertreten.

Ein erfreulicher Nebeneffekt ist, dass sowohl der Gemeinderat als auch der

Stadtrat bürgerlich gestärkt wurden und dass dank der starken Unterstützung der SVP Wädenswil ein bürgerlicher Stadtpräsident (FDP) in der Periode 2026–2030 die Stadtgeschicke leiten wird.

Walter Portmann,
Präsident SVP Wädenswil

GEMEINDEWAHLEN IN KLOTEN

SVP Kloten mit klarem Wahlsieg

Die SVP Kloten geht als klare Gewinnerin aus den aktuellen Wahlen hervor und baut ihre politische Stärke in allen zentralen Gremien weiter aus. Der Wähleranteil steigt markant auf 37,72 Prozent. Damit wird die SVP nicht nur bestätigt, sondern als führende politische Kraft in Kloten gestärkt.

Mit der Wahl von Kurt Hottinger zum Stadtpräsidenten verteidigt die SVP ihren Anspruch auf die Führung des Stadtrates. Gleichzeitig baut sie ihre Präsenz in der Exekutive weiter aus und stellt neu drei Mitglieder im Stadtrat gegenüber zwei Sitzen in der vergangenen Legislaturperiode. Damit übernimmt die SVP noch mehr Verantwortung für die strategische Entwicklung der Stadt.

Auch im Gemeinderat kann die SVP deutlich zulegen und erhöht ihre Sitzzahl von 11 auf 13 Mitglieder. Dies stärkt ihre Rolle als prägende Kraft in der Legislative und schafft eine stabile Grundlage für eine bürgerliche Politik mit klarer Ausrichtung.

Besonders hervorzuheben ist der Erfolg in der Schulbehörde: Die SVP ist neu mit zwei Mitgliedern vertreten, nachdem sie bisher keinen Sitz innehatte. Dieser Zuwachs ist ein deutliches Signal, dass die Bevölkerung auch im Bildungsbereich eine klarere Linie erwartet. In der Sozialbehörde sowie in der Bürgerrechtskommission hält die SVP ihre bisherigen Sitze und sichert damit Kontinuität in wichtigen Bereichen.

Für die SVP Kloten ist dieses Resultat ein klarer Auftrag der Bevölkerung.

Die Erwartungen sind eindeutig: Sicherheit im öffentlichen Raum, ein verantwortungsvoller Umgang mit den Finanzen sowie eine Stadtentwicklung, die mit Augenmass erfolgt und bestehende Strukturen nicht überfordert.

Die SVP sieht sich in ihrer konsequenten politischen Linie bestätigt. Sie wird die gestärkte Position nutzen, um Verantwortung zu übernehmen und sich weiterhin mit Nachdruck für tragfähige Lösungen einzusetzen, die den Bedürfnissen der Klotener Bevölkerung entsprechen.

Thomas Schneider,
Gemeinderat und Präsident SVP Kloten



Die SVP baut den politischen Einfluss und den Wähleranteil deutlich aus.

Bild: zVg

SVP HINWIL

Roland Brändli ist neuer Präsident der SVP Hinwil

An ihrer Generalversammlung vom 8. April 2026 wählten die Mitglieder der SVP Hinwil Roland Brändli zu ihrem neuen Präsidenten.

Brändli löst LeeBrian Ward an der Parteispitze ab, der das Amt vier Jahre lang ausübte. Brändli ist langjähriges Vorstandsmitglied der SVP Hinwil und Mitglied der Parteileitung der SVP des Bezirks Hinwil.

Als neue Vorstandsmitglieder wurden Elia Lordan und Raphael di Gallo gewählt. Sie ersetzen LeeBrian Ward und Hans Benedetti, die das Gremium verlassen.



v.l.n.r.: LeeBrian Ward (abtretender Sektionspräsident), Marcel Dettling (Präsident SVP Schweiz) und Roland Brändli (neuer Sektionspräsident). Bild: zVg

SVP ZÜRICH KREIS 10

Standaktion zum Parkplatzabbau in Höngg

In Höngg hat es bereits zu wenig Parkplätze, das Gewerbe leidet schon jetzt unter dieser Situation. Der Wegfall des Platzes mit 21 Parkplätzen vis-à-vis der Migros verschärft die Situation und schadet dem Gewerbe in Höngg massiv. Aus diesem Grund hat die SVP Zürich Kreis 10 am 11. April 2026 diesen Platz «besetzt».

Die Stadt hat diesen Parkplatz geschleift, weil die Stimmbürger die Initiativen «Stadtgrün» und «Gute Luft» angenommen haben. Sowohl diese Initia-

wicklung reduziert werden, und es sollen neue Lebensräume für Tiere und Pflanzen geschaffen werden.

Dieser Parkplatz muss somit für ideologische Zwecke erhalten. Die wenigen Tage, an denen das Thermometer etwas höher klettert, können doch wohl nicht der Grund sein, dass man gleich so viele Parkplätze dem Klimawahn opfert?

Gehen Sie am 14. Juni 2026 an die Urne und stimmen Sie für den überparteilichen Parkplatz-Kompromiss.

Johann Widmer, Gemeinderat und Präsident SVP Zürich Kreis 10

«Wieder einmal fallen Parkplätze dem Klima-Wahn zum Opfer.»

tiven als auch die Raumplanung der Stadt verlangen mehr freie Flächen und Parks.

Hier soll gemäss der Stadt nun eine Wiese entstehen: Regenwasser soll wieder versickern können, die Hitzeent-



Die SVP wehrt sich entschieden gegen den Wegfall des Platzes. Bild: zVg

 Die SVP des Kantons Zürich auf Facebook
www.facebook.com/svpzuerich

«EHRENPRÄSIDENT AUF LEBENSZEIT»

Generalversammlung der SVP Mettmenstetten

Im Mittelpunkt der kürzlich im Pfarrhauskeller abgehaltenen Generalversammlung der SVP Mettmenstetten stand der Rücktritt des langjährigen Präsidenten.

Gegründet wurde die Ortspartei 1985. Als erste Präsidentin war Brigitte Metzger im Amt, ihr folgte Paul Ott. Bereits im Jahr 1996, also vor dreissig Jahren, übernahm Louis Hafner als Fünfzigjähriger das Präsidium der Ortssektion, heute übrigens mit den meisten Mitgliedern im Bezirk. «Es war mir eine Ehre, die Anliegen der SVP zu vertreten», sagte der scheidende Präsident vor den zahlreich zur GV erschienenen Mitgliedern in seinem Rückblick.

Volksrechte erfolgreich verteidigt

Erfreulich war für ihn auch die Ablehnung der totalrevidierten Gemeindeordnung an der Urne. Die SVP hatte diese Vorlage bekämpft, weil sie einen Abbau der demokratischen Rechte der Bürger gebracht hätte. Zufrieden zeigte sich Louis Hafner sodann bezüglich der an der Gemeindeversammlung in den letzten Jahren zweimal abgelehnten Steuererhöhungen. Im Nachhinein stellte sich jeweils heraus, dass anstelle des budgetierten Minus gar Überschüsse ausgewiesen werden konnten.

In guter Erinnerung bleibt ihm und allen weiteren Teilnehmenden auch der Mitte 2025 durchgeführte Ausflug ins Toggenburg ins Haus der Freiheit von Toni Brunner und Esther Friedli.

Ehre, wem Ehre gebührt

Christoph Niederer würdigte als Vizepräsident die grossen Verdienste des scheidenden Präsidenten, der zum Beispiel auch als Bekämpfer von Windrädern quasi vom Juristen zum Ornitholo-



Probesitzen: Das Ehepaar Hafner vor dem Pfarrhauskeller Mettmenstetten. Bild: zVg

gen geworden sei. Der Vorstand schenkte Louis Hafner und seiner Frau Evelyn zum Abschied eine Ruhebänk und ernannte ihn zum «Ehrenpräsidenten auf Lebenszeit».

Neues Vorstandsmitglied

Die üblichen Jahrestraktanden wurden speditiv abgehandelt. Für den zurücktretenden Christoph Niederer wurde Pablo von Siebenthal neu in den Vorstand gewählt. Aufgrund der Statuten konstituiert sich dieser selbst. Somit

blieb es an der GV noch ein Geheimnis, wer künftig das Präsidium übernehmen wird. Schliesslich rief Nationalrat Martin Haab am Schluss des offiziellen Teils noch dazu auf, die Initiative zur 10-Millionen-Schweiz aktiv zu unterstützen.

Bei Speis und Trank im Anschluss an die GV stand noch viel Zeit für ein geselliges Beisammensein zur Verfügung.

Erich Rüfenacht, Alt Kantonsratspräsident SVP, Mettmenstetten

VELOSTADT ZÜRICH – ERLEBNIS IM KONTEXT ZUR AKTUELLEN FEHDE ZWISCHEN KANTON UND STADT

Rücksichtslos auf dem Trottoir – müssen erst schwerste Unfälle passieren?

Es passierte am helllichten Tag, am 10. April 2026, beim Parkhaus Gessnerallee: Ich parkierte meinen Wagen und trat ahnungslos durch die automatische Tür des Lifts auf das Trottoir – einen vermeintlich geschützten Raum – und wurde im nächsten Moment von einem heranschiessenden Velofahrer regelrecht zu Boden gerammt.



Andi Widmer, Präsident SVP Laufener-Uhwiesen

Dank schneller Reflexe konnte ich Schlimmeres verhindern, bleibe aber auf Prellungen und einer gestauchten Hand sitzen. Der Vorfall wurde der Polizei gemeldet, denn die Dreistigkeit des Vorfalles macht fassungslos: Das Trottoir ist an dieser Stelle bereits mit Pfosten markiert, um genau solche gefährlichen Manöver zu unterbinden. Zudem befindet sich der offizielle Veloweg auf der gegenüberliegenden Strassenseite!

Dieser Unfall ist ein Weckruf an die Stadtplanung. Die aktuellen Sicherungsmassnahmen reichen offensichtlich

nicht aus, um Fussgänger vor rücksichtslosen Zweiradfahrern zu schützen, die das Trottoir als «Rennbahn» missbrauchen. Wir brauchen hier dringend effektivere bauliche Massnahmen, die den Ausgangsbereich des Parkhauses physisch so sichern, dass ein «Vorbeiflitzen» unmöglich wird.

Es kann nicht sein, dass man als Fussgänger beim Verlassen eines Gebäudes um seine körperliche Unversehrtheit

«Die Dreistigkeit vieler Velofahrer in der Stadt Zürich macht fassungslos.»

fürchten muss! Das Trottoir muss wieder ein sicherer Ort werden – durch klare Trennung und konsequente bauliche Sicherung!



Dieser Unfall beim Parkhaus Gessnerallee ist ein Weckruf an die Stadtplanung. Bild: zVg

 Jetzt mitmachen und Nachhaltigkeitsinitiative unterstützen

Newsletter anmelden 

 Jetzt Spenden

Fahne bestellen 

 Unterstützer werden

Keine 10-Millionen-Schweiz!



Schweiz schützen JA

Nachhaltigkeits-Initiative

SVP DIGITAL

**Teleblocher**

Dr. Christoph Blocher im wöchentlichen Gespräch mit Dr. Matthias Ackeret.

**In den Sümpfen von Bern**

Wöchentlicher Videobeitrag von NR Thomas Matter zu den Machenschaften in Bern.

**Weltwoche daily**

Täglicher News-Flash am Morgen von Alt NR Roger Köppel.

**SVP des Kantons Zürich**

Instagram-Seite der SVP des Kantons Zürich. Wir freuen uns über jeden neuen Follower, jeden Like und jeden neuen Kommentar!

**Wortwächsel**

Der Podcast für Meinungsmacher von NR Benjamin Fischer.

**Jobs**

Möglichkeiten, für die SVP zu arbeiten.

**Bezirk Meilen/Stäfa**

Jeden zweiten Dienstag im Monat, 19.00 – 22.00 Uhr, mit Nachessen, Lokalität gemäss www.svp-staefa.ch.

Bezirk Pfäffikon/Pfäffikon

Jeden ersten Samstag im Monat, 11.00 – 12.00 Uhr, Restaurant Hecht, Usterstrasse 8, Pfäffikon.

Bezirk Uster/Uster

Jeden zweiten Dienstag im Monat, 14.30 – 17.00 Uhr, Restaurant Stella del Centro, Uschter 77, Zürichstrasse 1, Uster.

Jeden letzten Donnerstag im Monat, ab 18.30 Uhr, Lokalität gemäss <https://event.evagic.com/svp-uster>.

Stadt Winterthur

Jeden ersten Donnerstag im Monat, 18.30 Uhr, Restaurant Rössli, Rössligasse 7, Winterthur.

Stadt Winterthur/Wülflingen

Jeden Samstag, 11.00 – 12.30 Uhr, Taverne zum Hirschen, Lindenplatz 2, Winterthur.

Stadt Zürich/Kreis 6

Jeden ersten Dienstag im Monat, 19.00 Uhr, Wild West Steakhouse Texas, Winterthurerstrasse 175, Zürich.

Stadt Zürich/Kreis 12

Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Schwamedingerhuus, Schwamedingerplatz 2, Zürich.

Junge SVP Kanton Zürich

Alle Events der Jungen SVP Kanton Zürich findest du auf unseren Social Media Channels oder auf unserer Website www.jsvp-zh.ch.

SVP-VERANSTALTUNGEN

Bezirk Affoltern/Bonstetten

Dienstag, 19. Mai 2026, 19.30 Uhr, Podium Nachhaltigkeits-Initiative und EU-Verträge, Gemeindesaal, Am Rainli 4, Bonstetten, mit

IMPRESSUM

Zürcher Bauer

ISSN 1660-6701
ISSN 2296-3480

Der Zürcher Bote

Offizielles Organ des Zürcher Bauernverbandes.

Offizielles Organ der Schweizerischen Volkspartei des Kantons Zürich.

Jahresabonnement Print + Online: Fr. 73.– + 2,6% MWSt (Ausland auf Anfrage). **Jahresabonnement Online:** Fr. 65.– inkl. 2,6% MWSt. **Redaktion:** ZBV, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, bauernverband@zbv.ch, Ferdi Hodel (FH), Telefon 044 217 77 33. **Insertionspreise:** www.zbv.ch/zuercher-bauer. **Abonnementsdienst:** Zürcher Bauernverband, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 33, abo@zuercher-bauer.ch.

Abonnementspreis: Für die Schweiz jährlich für Parteimitglieder Fr. 55.–, für Nichtmitglieder Fr. 75.–. **Redaktion:** SVP, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, zb@svp-zuerich.ch, Sean Burgess, Telefon 044 217 77 68. **Insertionspreise:** www.svp-zuerich.ch/zuercher-bote. **Abonnementsdienst:** SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 66, sekretariat@svp-zuerich.ch.

Interne Autoren: SB – Sean Burgess; RW – Reinhard Wegelin; ROMÜ – Roland Müller.

Erscheint jeden Freitag. **Insertionenannahme:** SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 63, inserate@svp-zuerich.ch. **Insertionsschluss:** Mittwoch, 12.00 Uhr. **Veranstaltungsmeldungen:** veranstaltungen@svp-zuerich.ch **Layout:** Mattenbach Zürich AG, Binzstrasse 9, 8045 Zürich. **Druck:** Mittelland Zeitungsdruck AG (AZ Print), Neumattstrasse 1, 5001 Aarau.

den Nationalräten Martin Hübscher und Thomas Aeschi, Fraktionspräsident.

Montag, 22. Juni 2026, 19.30 Uhr, Veranstaltung gegen den EU-Unterwerfungsvertrag, Gemeindesaal, Am Rainli 4, Bonstetten, mit Nationalrat Franz Grüter.

Bezirk Affoltern/Mettmenstetten
Freitag, 17. April 2026, 19.30 Uhr, Sessionsrückblick, Pfarrhauskeller, Albisstrasse 10, Mettmenstetten, mit Nationalrat Martin Haab.

Bezirk Andelfingen/Flaach

Samstag, 27. Juni 2026, 18.00 Uhr, Sommerfest, Worbighalle, Botzengasse 15, Flaach, mit Nationalrat Marcel Dettling, Präsident SVP Schweiz.

Bezirk Andelfingen/Laufen-Uhwiesen

Freitag, 3. Juli 2026, 18.30 Uhr, Veranstaltung gegen den EU-Unterwerfungsvertrag, Schützenhaus, Steinerberg 313, Uhwiesen, mit Nationalrat Martin Hübscher.

Bezirk Andelfingen/Marthalen

Samstag, 13. Juni 2026, 18.00 Uhr, Veranstaltung gegen den EU-Unterwerfungsvertrag, Firma Stutz Baggerunternehmung, Bärchistrasse 6, Marthalen, mit Nationalrätin Barbara Steinemann. Festwirtschaft. Anschliessend Live-Übertragung Fussball-WM-Spiel Katar–Schweiz.

Bezirk Bülach/Wil

Sonntag, 10. Mai 2026, 10.00 Uhr, Frühschoppen, Weingut, Sonnenberg 1, Wil, mit Nationalrätin Therese Schläpfer.

Bezirk Dielsdorf/Dänikon

Dienstag, 12. Mai 2026, 19.30 Uhr, Veranstaltung zur Nachhaltigkeits-Initiative, Anna Stüssi Haus, Oberdorfstrasse 3, Dänikon, mit Nationalrat Thomas Matter.

Bezirk Dielsdorf/Niederhasli

Freitag, 26. Juni 2026, bis Sonntag, 28. Juni 2026, SVP-Stand am Dorffest, Dorfstrasse, Niederhasli.

Bezirk Dielsdorf/Otelfingen

Montag, 18. Mai 2026, 19.30 Uhr, Podium zur Nachhaltigkeits-Initiative, Saal Kirchgemeinde, Vorderdorfstrasse 36, Otelfingen, mit Nationalrätin Barbara Steinemann und Kantonsrat Markus Bopp. Anschliessend Apéro.

Bezirk Dielsdorf/Regensdorf

Freitag, 1. Mai 2026, 12.00 Uhr, Tag der Arbeit, Dorfstrasse, Watt, mit Nationalrat Benjamin Giezendanner.

Bezirk Dielsdorf/Stadel

Samstag, 9. Mai 2026, 11.00 – 16.00 Uhr, SVP-Stand am Frühlingmarkt, Dorfkern, Stadel.

Bezirk Dietikon/Oetwil an der Limmat

Donnerstag, 30. April 2026, 19.30 Uhr, Veranstaltung zur Nachhaltigkeits-Initiative, Gemeindescheune, Schmittengasse 5, Oetwil an der Limmat, mit Nationalrat Benjamin Fischer und Alt Bundesrat Ueli Maurer. Weitere Informationen und Anmeldung unter www.svp-oetwil-geroldswil.ch.

Bezirk Hinwil/Wetzikon

Freitag, 1. Mai 2026, 11.00 Uhr, Führung und Mittagessen, FBW-Museum, Zürcher-

strasse 95, Wetzikon, mit Nationalrat Martin Hübscher und Kantonsrat Daniel Wäfler. Anmeldung bis 27. April 2026 an m.rebsamen@svp-wetzikon.ch.

Bezirk Meilen/Küsnacht

Dienstag, 26. Mai 2026, 19.00 Uhr, Sessionsrückblick, Schützenstube, Hesligenstrasse 115, Küsnacht, mit den Nationalräten Nina Fehr Düsel und Mauro Tuena.

Bezirk Meilen/Meilen

Mittwoch, 6. Mai 2026, 19.15 Uhr, Podium zur Nachhaltigkeits-Initiative, Restaurant Löwen, Seestrasse 595, Meilen, mit Nationalrat Thomas Matter und den Kantonsräten Marion Matter und Domenik Ledergerber, Präsident SVP des Kantons Zürich. Anschliessend Apéro.

Bezirk Meilen/Zollikon

Montag, 11. Mai 2026, 19.30 Uhr, Veranstaltung gegen den EU-Unterwerfungsvertrag, Reformiertes Kirchgemeindehaus, Rösslirain 2, Zollikon, mit Nationalrat Gregor Rutz.

Bezirk Winterthur/Seuzach

Dienstag, 19. Mai 2026, 19.30 Uhr, Veranstaltung gegen den EU-Unterwerfungsvertrag, Mehlhüli, Stationsstrasse 2, Seuzach, mit Nationalrätin Nina Fehr Düsel.

Junge SVP Kanton Zürich

Freitag, 17. April 2026, 19.00 Uhr, Höck, Hop Up Hardwald, Zwirnerstrasse 22, Wallisellen, mit Kantonsrat Tobias Weidmann, Fraktionspräsident. Weitere Informationen und Anmeldung unter helfenberger@jsvp-zh.ch.

Stadt Zürich/Kreis 10

Samstag, 9. Mai 2026, 09.30 – 11.30 Uhr, Standaktion, Kappenhühlweg, Zürich-Höngg.

Samstag, 16. Mai 2026, 09.30 – 11.30 Uhr, Standaktion, Röschiachplatz, Zürich-Wipkingen.

Samstag, 6. Juni 2026, 09.30 – 11.30 Uhr, Standaktion, Kappenhühlweg, Zürich-Höngg.

WEITERE VERANSTALTUNGEN

Samstag, 25. April 2026, 09.30 Uhr, SVP-Academy, Restaurant Sonnentäl, Zürichstrasse 94/96, Dübendorf. Weitere Informationen und Anmeldung unter www.svp.ch/svp-academy.

Mittwoch, 6. Mai 2026, 15.00 Uhr, Veranstaltung zur Nachhaltigkeits-Initiative des Vereins für aktive Senioren, Restaurant Muggenbühl, Muggenbühlstrasse 15, Zürich, mit Nationalrat Thomas Matter.

Mittwoch, 27. Mai 2026, 19.00 Uhr, Veranstaltung zur Kompass-Initiative, The Hall, Hoffnigstrasse 1, Dübendorf.

Samstag, 26. September 2026, bis Sonntag, 27. September 2026, SVP-Schiessen 2026, Vorschüssen am Samstag, 12. September 2026, Schiessplatz Steinacker, Marthalen. Weitere Informationen und Anmeldung unter www.svp-schiessen.ch.

Mittwoch, 30. September 2026, 10.00 Uhr, Anlass für die ehemaligen SVP-Räte, Besuch und Führung in der Win4/AXA-Arena, Grüzfeldstrasse 36, Winterthur. Einladung folgt.

SVP-STÄMME

Bezirk Bülach/Bachenbülach

Jeden zweiten Mittwoch im Monat, ab 19.00 Uhr, Lokalität gemäss www.svp-bachenbuelach.ch.

Bezirk Bülach/Embrach

Jeden letzten Sonntag im Monat, ab 10.30 Uhr, Wöschhüli, Oberdorfstrasse 15, Embrach.

Bezirk Dielsdorf/Regensberg und Steinmaur

Jeden Dienstag, ab 17.30 Uhr, Gasthof zum Kreuz, Bachserstrasse 7, Steinmaur.

Bezirk Dietikon/Birmensdorf und Urdorf

Jeden ersten Samstag im Monat, ab 10.00 Uhr, Alterszentrum am Bach, Bistro, Bachstrasse 1, Birmensdorf.

Bezirk Horgen/Adliswil

Jeden letzten Donnerstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Pot Belly's, Soodring 21, Adliswil.

Bezirk Horgen/Thalwil

Jeden ersten Montag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Höfli, Farbsteig 17, Thalwil.



Kantonsrat
Zürich

Parlamentsdienste

Die Justizkommission des Kantonsrates sucht

ein nebenamtliches Mitglied für das Baurekursgericht (SVP) 20%

per 1. Juli 2026 für den Rest der Amtsperiode 2023-2029

Das Baurekursgericht ist ein erstinstanzliches Fachgericht zur Beurteilung bau-, planungs- und umweltrechtlicher Rekurse. Seine Besonderheit liegt darin, dass das nötige Fachwissen von den nebenamtlich tätigen Präsidenten/Präsidentinnen und Mitgliedern eingebracht wird. Zeitaufwändige Expertisen sind dadurch in aller Regel entbehrlich.

Anforderungen:

- Vertiefte Kenntnisse in den Fachbereichen Architektur, Planung, Ingenieurwesen, Umweltwissenschaften
- Vertrautheit mit juristischen Fragestellungen und Problemlösungen
- Verhandlungsgeschick und sicheres Auftreten
- Bereitschaft zur Teilnahme an Sitzungen (Urteilsberatungen), Augenscheinen, Fallbesprechungen etc. und zum Aktenstudium, gesamthaft im Umfang von rund zwei halben Tagen pro Woche
- Zeitliche und örtliche Flexibilität
- Stimmberechtigung im Kanton Zürich
- Einwandfreier Leumund

Die Mitglieder des Baurekursgerichts werden durch den Kantonsrat gewählt. Der Sitz wird von der SVP beansprucht.

Die Höhe der Entschädigung für die Teilnahme an Augenscheinen, die Tätigkeit als Referent/in und die Erstellung von Fachberichten richtet sich nach der kantonalen Personalverordnung und dem Reglement des Verwaltungsgerichts. Umfassende Informationen zum Baurekursgericht finden sich im Internet unter www.baurekursgericht.ch.

Interessiert?

Dann freuen wir uns auf Ihre elektronische Bewerbung mit den üblichen Unterlagen sowie einem aktuellen Strafregisterauszug und einer Wohnsitzbestätigung (beide nicht älter als drei Monate) bis zum 15. Mai 2026.

Für Fragen steht Ihnen Frau Nathalie Malinowski, Sekretärin der Justizkommission, +41 43 259 20 67 gerne zur Verfügung.